

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von Fragebögen

Seit 25. Mai 2018 ist die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, kurz DSGVO) in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unmittelbar anwendbar.

Die DSGVO sieht unter anderem erweiterte Informationsverpflichtungen betreffend die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vor.

In Erfüllung dieser Verpflichtungen (insbesondere Artikel 13 DSGVO) informieren wir Sie hiermit über die, auf Basis der Online-Umfrage von uns durchgeführten Verarbeitungen.

1. Welche personenbezogenen Daten (kurz „Daten“) werden verarbeitet?

Auf Übermittlungsanfrage des BMVIT wird im Zentralen Melderegister (ZMR) eine Zufallsstichprobe durchgeführt. Die dadurch erhaltenen Adressdaten werden zur Kontaktaufnahme und Einladung zur Teilnahme an der Online-Umfrage verwendet.

Weiters werden die im Rahmen der Online-Umfrage abgefragten und von Ihnen freiwillig angegebenen Daten verarbeitet. Es handelt sich hierbei um Angaben zu Ihrer Person und zu Ihrem Haushalt/Ihrer Haushaltsstruktur.

2. Zu welchem Zweck werden die Daten verarbeitet?

Die Daten werden im Rahmen des gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs- Aktiengesellschaft (ASFINAG) und der ÖBB Infrastruktur Aktiengesellschaft (ÖBB-INFRA) getragenen Projekts "Verkehrsmodell Österreich und Verkehrsprognose Österreich 2040+, Los 2" erhoben (www.verkehrsmodell.at).

Die erhobenen Daten dienen als Grundlage für ein Personenverkehrsmodell (Nachfragemodell), das unter Einbeziehung von Analysen der erhobenen Daten entwickelt wird. Die im Rahmen dieser Befragung erhobenen Daten werden dazu durch den Auftragsverarbeiter gespeichert, in Zahlencodes umgesetzt und dem Auftraggeber übermittelt. Ein Rückschluss auf einzelne Personen ist nach Abschluss des Projekts nicht mehr möglich.

3. Auf Basis welcher Rechtsgrundlage werden die Daten verarbeitet?

Die Erhebungen finden auf Basis des Bundesministeriengesetz BMG im öffentlichen Interesse statt. Die Übermittlung der Adressdaten aus dem ZMR ist im konkreten Fall gemäß § 8 DSG erlaubt.

Es besteht Ihrerseits keine Verpflichtung an der Online-Umfrage teilzunehmen. Die Bekanntgabe Ihrer Daten erfolgt freiwillig. Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf Basis Ihrer im Rahmen der Teilnahme an der Online-Umfrage erteilten Einwilligung zu dem oben genannten Zweck.

Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, hierbei entstehen keine nachteiligen Folgen für Sie. Ein Widerruf hat zur Folge, dass Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genanntem Zweck nicht mehr verarbeitet werden und insbesondere zum Zeitpunkt des Widerspruchs bereits gespeicherte Daten unwiederbringlich gelöscht werden.

4. Werden die Daten gänzlich oder zum Teil an andere Personen/Einrichtungen übermittelt?

Nein, es erfolgt keine Übermittlung von personenbezogenen Daten an andere Personen oder Einrichtungen.

5. Befinden sich die unter Punkt 4 genannten Empfänger außerhalb der EU/des EWR bzw. handelt es sich dabei um eine internationale Organisation?

Nein, es erfolgt keine Übermittlung von personenbezogenen Daten an andere Personen oder Einrichtungen.

6. Wie lange werden die Daten gespeichert bzw. nach welchen Kriterien wird die Dauer der Speicherung festgelegt?

Die Daten werden zumindest solange vorgehalten bis die Arbeiten am Projekt abgeschlossen sind. Das voraussichtliche Projektende wird mit 2022 angenommen.

Adressdaten von Personen, die nicht an der Online-Umfrage teilgenommen haben, werden umgehend gelöscht.

7. Welche Rechte haben Sie als Betroffene/r?

Falls Ihre Daten zur Gänze oder zum Teil aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeitet werden, können Sie Ihre Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen. Dadurch ist die weitere Verarbeitung Ihrer Daten unzulässig; die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt jedoch unberührt.

Jeder Betroffene kann vom Verantwortlichen Auskunft über die über ihn verarbeiteten Daten nach Art. 15 DSGVO verlangen, weiters die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO) und die Löschung unzulässig verarbeiteter Daten (Art. 17 DSGVO). Gegen eine Datenverarbeitung, die sich auf Art. 6 (1)(e) (Besorgung öffentlicher Aufgaben) oder auf Art. 6 (1)(f) (berechtigte Interessen) stützt, kann ein Betroffener Widerspruch wegen Verletzung seiner Datenschutzinteressen nach Art. 21 DSGVO erheben. Während der Dauer eines Rechtsstreits über eine Datenverarbeitung, kann der Betroffene sein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen (Art.18 DSGVO) geltend machen. Ein Recht auf Datenübertragbarkeit besteht im Online-Umfang des Art. 20 DSGVO.

Für den Fall, dass der Verantwortliche einem Begehren eines Betroffenen nicht vollinhaltlich Rechnung trägt, steht dem Betroffenen das Recht der Beschwerde an die Datenschutzbehörde www.dsb.gv.at zu.

8. Kontaktdaten der Verantwortlichen und ihres Datenschutzbeauftragten:

Verantwortliche
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Radetzkystr. 2
1030 Wien

Datenschutzbeauftragte
Mag. Claudia Sterkl
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Radetzkystr. 2
1030 Wien
datenschutz@bmvit.gv.at